

Den Elternwillen beachten:

Die 6. Gesamtschule muss kommen!

Seit der Einrichtung der ersten Gesamtschule in Mönchengladbach 1986 verzeichnet diese Schulform steigende Anmeldezahlen. In den letzten Jahren deutlich über 1000.



Damit folgen immer mehr Eltern den Erkenntnissen aus der PISA-Studie. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Länder ohne dreigliedriges Schulsystem mit Ganztagsbetrieb am besten abschneiden. In diesen Ländern sind die Differenzierungen beim Schulabschluss solange wie möglich offen.

Der Schulabschluss ergibt sich aus der Leistungsbeurteilung am Ende der Schullaufbahn der SchülerInnen und nicht direkt am Anfang. Diese Funktion erfüllt die Gesamtschule in unserem Land.

CDU und FDP verhindern jedoch, dass genügend Plätze an Gesamtschulen zur Verfügung stehen. Im letzten Jahr wurden 541 Kinder abgewiesen. Dieses Jahr werden es sicherlich wieder so viele werden.

Die LiLO hat die Stadtverwaltung aufgefordert, eine Schulplanung zu entwickeln, die dem Elternwillen auf eine Schulform – Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule – gerecht wird und nicht dauerhaft den Elternwillen nach Gesamtschulplätzen missachtet.

Der jetzige Schuldezernent, Dr. Gerd Fischer (CDU) tut jedoch anscheinend alles, um eine solche bedarfsgerechte Schulplanung zu verhindern. Für eine solche Schulplanung sind die Daten aus dem ersten Anmeldezug notwendig. Nur sie geben darüber Auskunft, wie viele Eltern ihr Kind auf einer Hauptschule, einer Realschule, einem Gymnasium oder einer Gesamtschule haben wollen.

Im zweiten Anmeldezug müssen sich Eltern von abgewiesenen Gesamtschülern um einen Platz in einer Hauptschule, Realschule oder Gymnasium bewerben. Das ist dann aber nicht mehr die Schule ihrer Wahl.

Die Erhebung der Zahlen des ersten Anmeldezuges verhindert Dr. Gerd Fischer bzw. er will sie nicht veröffentlichen.

In der Ratssitzung am 17.12.08 stellte die LiLO ihm folgende Frage:

„Gedenkt die Verwaltung, im Gegensatz zum letzten Jahr, die Daten des ersten Anmeldezuges zu erheben und den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen?“

Die Antwort des Schuldezernenten:

„Da diese Daten für die Entscheidung zur Bildung von Eingangsklassen der weiterführenden Schulen nicht benötigt werden, ist eine entsprechende Erhebung nicht vorgesehen.“

Wir gehen jedoch davon aus, dass diese Zahlen der Verwaltung sehr wohl vorliegen. Wie sonst ist der Brief von Herrn Laut, des Fachbereichsleiters beim Schulamt vom 15.1.2009 zu verstehen, der die RektorInnen der weiterführenden Schulen auffordert, die Anmeldezahlen aus dem ersten Anmeldezug nicht an die Öffentlichkeit zu geben.

Damit weigert sich Dr. Fischer, die notwendigen Zahlen für eine Entscheidung über bestehende Schulformen den Mitgliedern des Rates zur Verfügung zu stellen.



Die Handlungsgrundlage für die Arbeit eines Dezernenten ist nicht seine politische Überzeugung. Seine Aufgabe u. a. ist es, den zuständigen Gremien verlässliche Zahlen für politische Entscheidungen vorzulegen.

Ein Schuldezernent, der sich weigert, die für die politischen Entscheidungen notwendigen Zahlen zu erheben, ist aus unserer Sicht nicht tragbar.

Mülforter Zeugdruckerei

Insgesamt 23 mal musste die Feuerwehr seit 2002 zum Einsatz in die alte Fabrikhalle an der Duvenstraße ausrücken. Die Kosten für Einsätze bei Großbränden wie am 14.11.08 belaufen sich auf 2500 – 3000 EUR pro Stunde.



Und wer muss das bezahlen? Wir, die SteuerzahlerInnen, weil sich aufgrund der Pleite der Firma die ehemaligen Eigentümer nicht mehr zuständig fühlen.

Während zu Produktionszeiten Gewinne erwirtschaftet und eingesteckt wurden, bleiben in Zeiten der Pleiten die Kosten bei den SteuerzahlerInnen hängen.

Das ist nicht nur bei der Mülforter Zeugdruckerei so. Erinnert sei an die Lederfabriken Goebels und Wickrath, an die Wäscherei in Giesenkirchen und aktuell an das ehemalige britische Militärgelände in Lürrip, das mittlerweile der Stadt gehört, die somit auch für die Altlastensanierung bezahlen muss. Entschuldigung, nicht die Stadt, wir, die SteuerzahlerInnen.

Ausstellung

Illustrationen und Installationen
zum Thema Hartz IV

LiLO-Büro, Burgstraße 4, 41199 MG/OD

Mo. - Fr. 10:00 - 12:00 & 16:00 - 18:00 Uhr

Wieso dürfen sich eigentlich Eigentümer Gewinne in die Tasche stecken, während Kosten aufgrund von Pleiten bei den SteuerzahlerInnen hängen bleiben?

Umweltschutzverbände fordern schon seit langem eine Risikoversicherung für Unternehmen, die dann eintritt, wenn nach der Pleite Kosten für die Allgemeinheit anstehen.



Eine Forderung, die bei den Gesetzgebungsparteien im Bund, egal ob CDU, SPD, FDP oder die Grünen an der Regierung waren, auf taube Ohren stieß.

Wie war das noch jetzt bei der Finanzkrise? Die Banken, die Milliarden Euro in den Sand gesetzt haben, bekamen von der Regierung einen Bankenschutzschirm. Sie durften so weiter machen wie bisher. Genauso wie die bankrotten Firmen. Die werden von den Regierungsparteien auch nicht zur Verantwortung gezogen.

Da stellt sich doch die Frage, für wen die Regierung eigentlich da ist.

KandidatInnen für den Rat: Engagiert und von Links!

DIE LINKE hat ihre KandidatInnen für den Rat der Stadt Mönchengladbach bei der nächsten Kommunalwahl gewählt.

Als Spitzenkandidat wurde der bisherige Ratsherr der LiLO, Rolf Flören gewählt. Damit honorierten die TeilnehmerInnen der Wahlversammlung die bisherigen politischen Aktivitäten von Rolf Flören und seine Erfahrungen in der kommunalpolitischen Arbeit. Auf Platz 2 wurde die Sprecherin der Linkspartei, Nicola Schiemann gewählt. Nicola Schiemann ist Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Straf- und Ausländerrecht. Des weiteren Mitarbeiterin des Flüchtlingsrates.

Rolf Flören - Zauberer

Mitglied der Bezirksvertretung Odenkirchen seit 1989 und Mitglied des Rates der Stadt seit 2002.

Engagiert im Bereich Jugendpolitik und soziale Fragen.

Rolf Flören: „Ich kandidiere, um den Menschen, die in Mönchengladbach von Hartz 4 leben müssen, im Rat Gehör zu verschaffen.“



Nicola Schiemann – Rechtsanwältin

Engagiert im Bereich Migranten- und Flüchtlingsarbeit.

Nicola Schiemann: „Die Gesellschaft ist mehr als die Sicherung von Banken und Firmen mit Milliarden €. Niemand darf auf der Strecke bleiben!“



Helmut Schaper – Sozialarbeiter

Mitglied der Bezirksvertretung Odenkirchen und Mitglied des Rates der Stadt Mönchengladbach.

Engagiert im sozialen Bereich und Umweltprojekten.

Helmut Schaper: „Wir sind Teil der Natur, nicht ihr Eroberer. Und wenn wir die Natur verletzen, verletzt wir uns selbst.“



Bernhard Clasen – Übersetzer, freier Journalist

Mitarbeit in regional und überregional Friedensinitiativen.

Zusammenarbeit mit Anti-AKW-Bewegung in der BRD und Russland.

Bernhard Clasen: „Jeder Vierte ist armutsgefährdet - Tendenz steigend. Die wachsende Armut ist auch in Mönchengladbach sichtbar. Für uns LINKE sind Projekte gegen die Armut wichtiger als Prestigeprojekte.“



Dieta Rombey – Rentnerin

Bis 1999 45 Jahre Mitglied der SPD. Mitglied von ÖTV bzw. Ver.di seit 1955.

22 Jahre Personalratsmitglied des Arbeitsamtes Köln und Mitglied des Hauptpersonalrates der Bundesanstalt für Arbeit.

Dieta Rombey: „Die Trümmerfrauen haben unser Land aufgebaut. Sie verdienen einen Lebensabend in Würde. Nicht in Armut.“



Torben Schultz – Anwendungsentwickler

Parteilos. Engagiert im „Linken Forum“ und ehrenamtliche Tätigkeit im Vorstand eines Sportvereins und einem Träger der Jugendhilfe. Sein Fortbewegungsmittel: Das Fahrrad.

Torben Schultz: „Wer auf Autos und Straßen setzt, darf sich nicht wundern, wenn er im Stau stehen bleibt!“



Johannes Frommen – Diplom Sozialwissenschaftler

24 Jahre Mitglied der SPD. Gründungsmitglied der WASG 2005 in Mönchengladbach.

Engagiert im Bereich Schulpolitik.

Johannes Frommen: „Der Elternwille muss beachtet und nicht mit Füßen getreten werden. Wir brauchen sofort eine 6. Gesamtschule.“



Reinhold Siegers – Betriebswirt

Austritt aus der SPD 2005 wegen Hartz IV und der Agenda 2010.

Gründungsmitglied der WASG 2005 in Mönchengladbach. Mitglied der IG Metall seit 1975. Seit 1983 Betriebsrat. Mittlerweile Betriebsratsvorsitzender in einem großen Maschinenbaukonzern.

Reinhold Siegers: „Mehr Mitbestimmung und Demokratie wagen - überall“



Kommunalwahl 2009

Hier gilt das Verursacherprinzip

In der Sitzung der Bezirksvertretung (14.1.09) beantragte die CDU, die Verwaltung zu bitten, die u.a. durch verschiedene Baumaßnahmen am Niersuferweg zwischen Bahnunterführung und Wendehammer entstandenen Schlaglöcher mit einer neuen Oberfläche zu versehen.

Seitens der LiLO wurde darauf hingewiesen, dass hier die Verursacher festgestellt werden müssen und für die Schäden aufzukommen haben. Ein entsprechender geänderter Antrag wurde danach einstimmig angenommen.



Müllumladestelle Luisental

Verschiedene BürgerInnen haben ange-regt, die Müllumladestelle Luisental für Berufstätige an einem Nachmittag in der Woche zu öffnen. Die LiLO wird eine entsprechende Anfrage an die Verwaltung stellen.

Talstraße - Antwort der Verwaltung

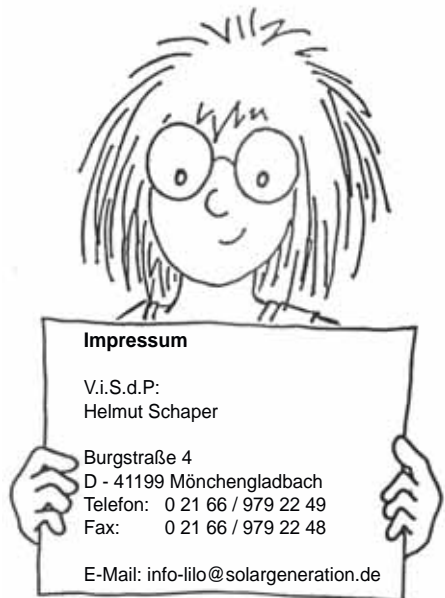
Die LiLO hatte bei der Verwaltung ange-fragt, ob die RWE Power AG für mögliche neue private Hausanschlüsse zahlen muss.

Hintergrund: Die Firma hatte aufgrund der sogenannten Rheindahlener Verwerfung, die auch unter der Talstraße verläuft, gegenüber der NVV ihre Zuständigkeit anerkannt und trägt bei Kanalbaumaßnahmen die Kosten für neue flexible Hausan-schlüsse an den Hauptkanal.

Die Antwort der Verwaltung geht nun da-hin, dass lt. RWE Power AG im Bereich Talstraße bereits Ende der 80er Jahre die ersten flexiblen Hausanschlüsse installiert wurden.

Nach 1998 wurde in dieser Hinsicht of-fenbar keine weiteren Ansprüche beim Bergbautreibenden geltend gemacht. „Die Kosten für eine entsprechende Umrüstung wurden und werden nach Auskunft von RWE Power AG vollständig übernom-men“ so die Verwaltung mit Schreiben v. 15.12.2008. Und weiter: „Satzungsgemäß ist für die Hausanschlüsse der Hauseigen-tümer zuständig, somit sind entsprechende Verhandlungen zwischen diesem und der RWE Power AG zu führen“.

Die Verwaltung bietet betroffenen Eigen-tümern Beratung zur weiteren Vorgehens-weise an (Fachbereich Umweltschutz und Entsorgung, Tel. MG / 25-8277).



CDU für Schließung des Odenkirchener Hallenbades

In der Ratssitzung am 17.12.08 stimmten CDU und FDP geschlossen für die Schließung des Hallenbades Odenkirchen.

Die LiLO hatte in der Ratssitzung auf die Notwendigkeit des Erhaltes hingewiesen.

Die Begründung zur Schließung durch den Schuldezernenten Dr. Gerd Fischer, CDU, bezog sich nur auf die Nutzung für den Schulsport. Dass ein solches Bad auch für andere Menschen und Personengruppen notwendig ist, kommt Dr. Gerd Fischer nicht in den Sinn.

Aufmerksam machte ihn nun Werner Wörmann, selbst CDU Mitglied und Vorsitzender des Fördervereins Hallenbad Odenkirchen. Werner Wörmann wies in den „Odenkirchener Nachrichten“ darauf hin, dass in Odenkirchen u. a. die Wasserwacht trainiert, eine Tauchergruppe taucht, Mitglieder des Vereins „Sport für betagte Bürger“ schwimmen, ebenso wie eine Gruppe Schwimmerinnen muslimischen Glaubens.

Des weiteren zweifelt er die die vorgelegten Zahlen in Bezug auf die Einsparungen an und wies darauf hin, dass aufgrund der Landesgesetzgebung die Schwimmsportzeiten erhöht werden. Damit wäre die Berechnungsgrundlage für die Schwimmzeiten in 2013 hinfällig.

Die LiLO wird sich trotz des Beschlusses im Stadtrat weiterhin für den Erhalt des Hallenbades Odenkirchen einsetzen. Vielleicht ergeben sich auch nach der Kommunalwahl am 7.6.09 andere Mehrheiten im Stadtrat.

Theater Rheydt: Qualität muss erhalten bleiben!

Nachdem CDU und FDP die offenen 490.000 EUR fürs Theater bewilligt haben, mit denen die erforderliche Tarifierhöhung der MitarbeiterInnen des Theaters bezahlt werden kann, fehlen nun noch die 600.000 EUR für die Saison 2009/2010.

Der Generalintendant Jens Pesel macht deutlich, dass ohne die fehlenden Mittel nur ein „Rumpfprogramm“ angeboten werden kann. Statt wie bisher 12 neue Produktionen könnten nur vier realisiert werden. Der Rest wäre dann Wiederholungen oder Tourneetheater. Die Qualität des Theaters würde durch die Nichtbewilligung der Mittel leiden.

CDU und FDP sind der Meinung, das Theater müsse nicht im künstlerischen, sondern könne im administrativen Bereich sparen. Nur wo im administrativen Bereich gespart werden soll, sagen CDU und FDP nicht.

Zur Zeit wird das Theater in Rheydt saniert. Es genügt nicht mehr den Brandschutzvorschriften und auch energetische Einsparungen sollen mit der Sanierung möglich gemacht werden, damit dauerhaft die Betriebskosten gesenkt werden können. Beauftragt mit dem Gutachten für die energetischen Einsparungsmöglichkeiten wurde das Ingenieurbüro Rolf Besten. Rolf Besten ist gleichzeitig Vorsitzender der CDU Fraktion im Rat der Stadt Mönchengladbach. Jener Fraktion, die nicht sagt, wie das Theater seinen qualitativen Standart halten kann.

Da stellt sich doch die Frage, was es uns nützt, wenn wir für mehr als 7,7 Millionen EUR ein brandschutzsicheres Theater mit Energieeinsparpotentialen haben, wenn aufgrund der fehlenden 600.000 EUR in diesem Gebäude fast nur noch Wiederholungen gezeigt werden?

Hartz IV und die Würde des Menschen

Zeitgleich zum Urteil des Bundessozialgerichtes, dass die Hartz IV Sätze für Kinder als verfassungswidrig bezeichnet hat, eröffnet die LiLO eine Ausstellung zum „Warenkorb für Hartz IV EmpfängerInnen. John Barrawasser beleuchtet mit seinen Objekten zum Warenkorb auf zum Teil satirische Art die Realitätsferne, mit der die Gesetzesmacher an die Regelsätze herangehen.



Die Ausstellung ist im Schaukasten des Büros der LiLO – Gruppe im Rat der Stadt Mönchengladbach auf der Burgstraße zu sehen.
